



Den einen sind die neuen Mauttarife zu niedrig, den anderen zu hoch: Die Mautnovelle wird heiß diskutiert. Foto: BSW

CO₂-Mautpreis für Lkw bleibt strittig

ÖGB, AK warnen, dass Mautnovelle Verlagerungspolitik konterkariere. Schlagabtausch um Landes-Einwand.

Von Manfred Mitterwachauer

Wien, Innsbruck – Bis 2024 muss Österreich spüren. Und die neue EU-Wegekostenrichtlinie umgesetzt haben. Die bringt für den Schwerverkehr – wie berichtet – eine Neuerung. Bestand die Lkw-Maut bis dato aus einem kilometerabhängigen Infrastrukturkostenbeitrag und jenem Anteil, welcher an „externen Kosten“ (Lärmbelastung, Luftverschmutzung) verrechnet wurde, kommt nun ein CO₂-Aufschlag als dritte Mautkomponente hinzu. Das Grundprinzip: Je mehr Kohlenstoffdioxid ein Lkw rausbläst, desto teurer wird die Maut. Im Gegenzug winkt „sauberen“ Lkw (Emissionsklasse 5: Elektro, Wasserstoff) eine satte Mautreduktion von bis zu 75 Prozent.

Der vorliegende Begutachtungsentwurf zur Novelle des Bundesstraßen-Mautgesetzes sieht vor, dass die Lkw-Maut in drei Etappen bis 2026 erhöht werden soll. 2024 soll die Maut um 7,4 Prozent steigen. Auch, weil das Verkehrsministerium für kommendes Jahr auf eine Inflationsanpassung verzichtet.

Die Stellungnahmen zum Gesetzesentwurf sind zweigeteilt. Wenig überraschend warnt die Asfinag davor, die Mautreduktion für die CO₂-Klasse 5 gleich mit 75 %, dem laut Wegerichlinie zulässigen Höchstsatz an Reduktion, festzulegen. Vielmehr solle hier die mögliche Bandbreite von „50 bis 75 %“ festgeschrieben werden. Sie rechnet hieraus mit Mindereinnahmen von über 18 Mio.

€ im Jahr 2027 – Tendenz steigend. Alternativ schlägt die Asfinag ein „Exit-Szenario“ vor: Überschreitet ein Klasse-5-Lkw eine gewisse Fahrstrecke, solle die Mautermäßigung gestrichen werden. Aber auch der Entfall der 2024er-Valorisierung gehe ins Geld, so der Autobahnbetreiber. Bis ins Jahr 2029 hochgerechnet würde man 1,2 Milliarden an Maut weniger einnehmen.



„Um am Brennerkorridor einen Lenkungseffekt zu erreichen, müssen auch Deutschland und Italien die Mauttarife nachschärfen.“

René Zumtobel (Verkehrslandesrat, SP)

Anders sieht das die Wirtschaftskammer Österreich. Sie begrüßt den Indexierungs-Entfall, fordert ihn aber auch für die Jahre 2025 und 2026 ein. Die Höhe der (stufenweisen) CO₂-Tarife will die WKO jedoch weiter gesenkt wissen. Weder sei nämlich der Markthochlauf für E-Lkw (auch Wasserstoff) im Transitverkehr absehbar, noch sei Lade- und Tankinfrastruktur vorhanden.

Diametral anders fallen die Stellungnahmen von ÖGB und AK Österreich aus. Die AK kritisiert, dass der Entwurf „nur einen Bruchteil der Mög-

lichkeiten“ der EU-Wegekostenrichtlinie umsetze. Selbige erlaube einen Zuschlag von maximal 200 Euro pro Tonne CO₂. Österreich erreiche 2026 nicht einmal 70 €. Insbesondere sensible Bergregionen – wie eben der Brennerkorridor – würden bei den Mauttarifen nicht mitgedacht. Die 75-prozentige Mautreduktion für saubere Lkw wird als „unsachlich“ abgelehnt, weil damit eben auch das Ziel der Verlagerung von der Straße auf die Schiene konterkariert werde. Nahezu wortident wie die AK argumentiert der ÖGB.

Tirol-intern ist indes ein Streit um die Stellungnahme des Landes entbrannt. Auch das Land fordert von Wien, „sämtliche unionsrechtlich zulässigen Regelungsmöglichkeiten auszuschöpfen“. Gleichzeitig werden die Mautreduktion für saubere Lkw und das Aussetzen der Valorisierung kritisiert. AK-Tirol-Boss Erwin Zangerl ist das zu lasch. Er fordert Verkehrslandesrat René Zumtobel (SP) gestern auf, „nicht den Kopf in den Sand zu stecken“, sondern auch für eine höhere CO₂-Maut – analog zu Deutschland – einzutreten. Zumtobel kontert postwendend. Die Tiroler Maut sei bereits höher als in Deutschland, dennoch müsse man alle Möglichkeiten „ausreizen“. Bundesgrünen-Verkehrssprecher Hermann Weratschnig wirft Zangerl indes eine VP-Strategie des „Tarnen und Täuschens“ vor: „Ich möchte gar nicht wissen, wie er poltern würde, wenn die Valorisierung der Mauten nicht ausgesetzt würde.“

Üppiges Spesenkonto wird geprüft

Ex-Vorstand Schreiner soll jährlich 30.000 € ausgegeben haben. Hörl: Allfällige Fehlbelege werden rückerstattet.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Am Donnerstag wurde im Landtagsausschuss intensiv über die derzeit mit rund 900.000 Liter Diesel angetriebene Zillertalbahnhofsdiskussion diskutiert. Die Umrüstung auf Wasserstoff hat die Landesregierung bereits im Juni beschlossen. Doch kritische Expertisen dazu und die Entlassung des Vorstands brachten diese Entscheidung ins Wanken. Schließlich werden die Mehrkosten gegenüber einer Elektrifizierung der Bahn auf 30 Jahre gerechnet mit bis zu 180 Mio. Euro beziffert. Und der ehemalige Vorstand Helmut Schreiner schmückte sich über Jahre mit einem falschen Dokortitel und schrieb danach sogar seine Dissertation an der Uni Riga ab.

Apropos Schreiner, von dem sich die Bahn mit sofortiger Wirkung am 3. Juli getrennt hat: Weiteres Ungemach droht. Schließlich erfolgt derzeit eine Wirtschaftsprüfung, dabei sticht Schreiners üppiges Spesenkonto hervor. Jährlich fielen rund 30.000 Euro an. Wie das möglich war, wird derzeit intensiv untersucht. Was sagt Aufsichtsratsvorsitzender Franz Hörl dazu? „Die Spesenabrechnung befindet sich noch in Prüfung, die Endabrechnung ‚Schreiner‘ wurde noch nicht gemacht“, so Hörl. Falls Beträge zurückzufordern wären, könnten diese dann abgezogen werden. Doch es muss etwas im Busch sein, denn wie Hörl weiter ausführt, liegt ihm eine vorbeugende Erklärung Schreiners vor, „allfällige fehlerhafte Belege rückerstatten“.

Rund um Schreiners gefälschten Dokortitel gibt es außerdem eine weitere Facette: Über eine Innsbrucker Rechtsanwaltskanzlei beantragte Schreiner noch am 13. Juni die Eintragung seines angeblichen Doktorgrads ins Firmenbuch. Als Beweis dafür legte der Ex-Zillertal-

des Prüfungsauftrags. Mit Experten der TU Wien wird derzeit über die Umsetzung verhandelt.

Dass die schwarz-rote Landeskoalition entgegen anders lautender Beteuerungen eine Rechnungshofprüfung der Bahn ablehnt, empört die Grünen und die Liste Fritz. „Das ist schlichtweg unverständlich, ÖVP und SPÖ wollen die Prüfung einfach nicht“, betont der grüne Klubchef Gebi Mair. Dass weiterhin keine Zusage für ein unabhängiges Gutachten vorliegt und damit auch niemand das Projekt prüfe, spreche Bände. „Keine Rechnungshofprüfung, keine Transparenz. Damit haben ÖVP und SPÖ ihren Landeshauptmann Mattle in aller Öffentlichkeit bloßgestellt“, kritisiert Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint. Bei der Zillertalbahnhofsbahn sei man wieder bei der Stunde null angelangt. Sint: „Das Projekt Um- und Ausbau der Zillertalbahnhofsbahn ist weiterhin nicht auf Schiene und für Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) ist es schon jetzt ein politisches Fiasko.“

„Mir liegt eine Erklärung von Helmut Schreiner vor, allfällige fehlerhafte Belege rückerstatten.“

Franz Hörl (Aufsichtsratsvorsitzender der Zillertalbahnhofsbahn)

bahnvorstand seinen Pass vor und muss jetzt mit einem Verfahren wegen Urkundenfälschung rechnen. Die Eintragung erfolgte naturgemäß auf Kosten der Zillertalbahnhofsbahn.

Wie geht es mit ihr weiter? Eine wissenschaftliche und technische Bewertung des Wasserstoffantriebs und der Alternativen wie Akkuantrieb sowie Batterie mit teilweiser Überleitung soll bis Ende Dezember vorliegen. Auch die zeitliche Umrüstung ist Teil



Die Zeit drängt. Ende 2027 müssen die ersten Diesellokomotiven der Zillertalbahnhofsbahn ausgemustert werden. Im Zillertal drängt man auf eine Entscheidung. Foto: BSW

Politik in Kürze

Erstes Ärztezentrum 2025

Mit den erforderlichen Honorarvereinbarungen liegen nun auch in Tirol alle rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von **Ärztezentren** vor. Drei so genannte Primärvorsorgeeinheiten sollen mithilfe von Gründungs- und Anschubfinanzierungen der der EU, des Landes und der Gesundheitskasse bis 2025 entste-

hen. Eine Ausschreibung dafür wird zeitnah erfolgen, kündigt Gesundheitslandesrätin **Cornelia Hagele** (VP) an.

In einem offenen Brief fordert der **SPAK Tirol** (Sozialpolitischer Arbeitskreis) die Landesregierung auf, gegen die massive Kürzung von AMS-Fördermitteln durch den Bund aufzutreten. Wie berichtet, sind

sozialökonomische Betriebe und Beratungseinrichtungen in Tirol in Gefahr. Notfalls müsse das Land deren Finanzierung sichern, heißt es. Die zuständige Landesrätin **Astrid Mair** (VP) betonte gestern auf **TT**-Anfrage, dass „eine entsprechende finanzielle Unterstützung von Seiten des Landes auch im kommenden Jahr sicher“ sei. (pn, mami)

Kurzmeldungen

Sperre nach Auffahrunfall

Innsbruck – Der Pkw war ein Totalschaden, der Lenker wurde nur leicht verletzt – großes Glück hatte ein 35-Jähriger, der am Donnerstagnachmittag auf der A13 in einen stehenden Sattelanhängerkrauche. Der Mann war aufgrund einer Unachtsamkeit auf die andere Fahrspur geraten. Die Brennerautobahn war eine Dreiviertelstunde lang gesperrt. (TT)



Der Pkw wurde beim Unfall komplett zerstört. Foto: UNI

Bei Hausumbau Granate gefunden

Radfeld – Beim Umbau eines Hauses in Radfeld wurde am Donnerstag ein Munitionsfund gemeldet. Auf die Finder wirkte der Gegenstand wie eine Art „Stahlstange mit Spitze“. Er wurde sofort sichergestellt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass es sich um eine Panzergranate handelt. (TT)

Skateboarder von Pkw angefahren

Innsbruck – Ein 24-jähriger Skateboarder wurde Donnerstagnacht gegen 23.50 Uhr in Innsbruck von einem Pkw am Schutzweg angefahren und über die Windschutzscheibe auf die Fahrbahn geschleudert. Der 59-jährige Lenker hatte den jungen Mann beim Einbiegen in die Amraser Straße übersehen. (TT)

Lenker überholte trotz Sperrlinie

Umhausen – Ein 20-jähriger fuhr gestern die Öztalstraße talwärts und überholte trotz Überholverbot und Sperrlinie einen Lkw. Dabei kollidierte er mit dem Pkw einer 24-jährigen. Deren Pkw wurde dabei gegen den Lkw geschleudert. Die Frau wurde verletzt in das Krankenhaus Zams eingeliefert. (TT)

Alkoholisiert mit Pkw verunglückt

Bad Häring – Eine 38-jährige kam Freitagabend gegen 18.47 Uhr aus ungeklärten Ursachen in Bad Häring von der Straße ab und fuhr mit dem Pkw über die Böschung. Dort kippte das Fahrzeug um und blieb liegen. Ein durchgeführter Alkohommattest ergab eine starke Alkoholisierung bei der Lenkerin. (TT)